KOMPASS

WIRTSCHAFTSBEIRAT BAYERN

MITGLIEDERZEITUNG Ausgabe 03/2015

DR. ANGELIKA NIEBLER, MdEP

# Schöne neue, digitale Welt

## Warum wir für unsere Wirtschaft einen europäischen digitalen Binnenmarkt brauchen

„Die Welt wird digital! Sind Sie bereit?“ Unter diesem Motto öffnete in diesem Jahr die CeBIT in Hannover ihre Türen und lud Fachpublikum und Interessierte dazu ein, sich über die Digitalisierung und ihren umfassenden Einfluss auf alle Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft auszutauschen und für das eigene Unternehmen Anregungen zu sammeln.

Zeitgleich fand in München mit über 1.000 Ausstellern die Internationale Handwerksmesse statt. Auch auf dieser beeindruckenden Leistungsschau des deutschen Handwerks konnte man sehen, wie sehr IT auch das Handwerk und ganze Wertschöpfungsketten verändern kann.

**Die Welt wartet nicht auf Europa**

Alles ist heute miteinander vernetzt, Unternehmensprozesse und Wertschöpfungsketten werden durch neue Technologien nachhaltig verändert, neue Geschäftsmodelle entstehen. Taktgeber dieser digitalen Entwicklung ist jedoch nicht Europa: China, die weltweit am stärksten wachsende Nation in den Bereichen IT und Telekommunikation, ist der diesjährige Partner auf der CeBIT. Huawei, der chinesische Telekom-Gigant, konnte sein Wachstum 2014 im Vergleich zum Vorjahr verdoppeln. Der chinesische Onlinehändler Alibaba bricht alle Rekorde. Amazon, noch Marktführer unter den Onlinehändlern, Facebook, das beliebteste soziale Netzwerk, Apple, eines der größten Elektronik-Konzerne der Welt, oder auch Google, die erfolgreichste Internetsuchmaschine, stammen allesamt aus den USA. Und der Breitbandausbau und die Internetübertragungsraten in Südkorea lassen alle staunen. Kurzum: Die Welt wartet nicht auf Europa!

Unsere Betriebe und Unternehmen in Deutschland und insbesondere in Bayern haben die besten Voraussetzungen, um auch in der digitalen Welt mit ihren Produkten und Dienstleistungen erfolgreich unterwegs zu sein. Industrie 4.0 und das Internet der Dinge sind allerdings Herausforderungen, denen sich unsere Wirtschaft, wie auch wir uns in der Politik stellen müssen. Auf europäischer Ebene werden wir in diesem Jahr in der Kommission wie auch im Europäischen Parlament einen unserer Schwerpunkte in der politischen Arbeit darauf legen, dass der digitale Binnenmarkt Realität wird und bestehende (Handels-) Hindernisse abgebaut werden. Denn ohne eine erfolgreiche digitale Wirtschaft wird es uns in Europa nicht gelingen, wieder für mehr Wachstum und Beschäftigung in der EU zu sorgen. Bei 25 Millionen Menschen ohne Arbeit, allein 5 Millionen arbeitslosen jungen Menschen unter 25, muss die digitale Agenda oberste Priorität haben, um Europa wieder auf Kurs zu bringen.

**Datenschutz europäisch regeln**

Wir brauchen einen europaweit einheitlichen Datenschutz, nicht 28 Datenschutzregelungen in den Mitgliedstaaten und ergänzend in Deutschland 16 weitere Datenschutzgesetze. Es ist mittlerweile mehr als drei Jahre her, dass die EU-Kommission ihren Entwurf einer neuen Datenschutzgrundverordnung vorgestellt hat, der den Entwicklungen in der digitalen Welt der vergangenen Jahre Rechnung trägt. Das derzeit gültige Datenschutzrecht stammt aus dem Jahr 1995, als das digitale Zeitalter noch nicht einmal begonnen hatte. Such- und Netzneutralität, Cloud Computing, Profiling im Internet, soziale Netzwerke oder auch e-commerce waren vor 20 Jahren noch unbekannt. Die Technik hat das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben in ungeahntem Ausmaß verändert. Staat und Wirtschaft haben Zugriff auf personenbezogene Daten in einem noch nie dagewesenen Umfang. Das Vertrauen des Verbrauchers ist jedoch eine zwingende Voraussetzung für eine Weiterentwicklung des digitalen Binnenmarktes. Der Schutz personenbezogener >> Seite 2

*„Wenn jemand ab dem Tag der Urteilsverkündung die derzeitigen Verschonungsregelungen exzessiv ausnutzt, dann gilt kein Vertrauensschutz.“ (BVerfG, Urteil vom 17.12.2014)*
In diesem Fall kann der Gesetzgeber rückwirkend die Verschonungsregelungen für bestimmte Konstellationen versagen. Bis zum 30.06.2016 gilt das aktuelle Erbrecht und Unternehmer haben die Möglichkeit, die Nachfolge nach geltendem Recht steuerschonend und rechtssicher zu regeln.
Die Beratung der Kanzlei STEINPICHLER konzentriert sich auf das Recht der **Unternehmensnachfolge**. Wir beraten Sie gerne mit unserem Expertenteam!

STEINPICHLER
RECHTSANWÄLTE PARTNERSCHAFT
STEINPICHLER Rechtsanwälte
Partnerschaftsgesellschaft mbB
Ottostraße 8 – Palais am Lenbachplatz
80333 München I Tel.: 089 / 212 68 52-0
info@steinpichler.de I www.steinpichler.de

<< von Seite 1 Daten muss hier demnach genauso gewährleistet sein, wie auch in der Offline-Welt. Vor rund einem Jahr haben wir im Europäischen Parlament unseren Standpunkt über die Datenschutzgrundverordnung verabschiedet. Seither drängen wir auf den Abschluss der Verhandlungen. Wir brauchen endlich ein faires Gleichgewicht zwischen einem wirksamen Schutz der Nutzerdaten und der Möglichkeit, im Internet erfolgreich wirtschaftlich tätig zu sein.

**Industrie 4.0 braucht Datensicherheit und schnelles Internet**

Geschäfts- und Arbeitsprozesse sind bei 94 Prozent der deutschen Unternehmen von der Digitalisierung beeinflusst. Doch mit diesem zunehmenden Grad der Digitalisierung sind die Unternehmen auf zuverlässige Informations- und Kommunikationssysteme angewiesen. IT-Sicherheit zum Schutz von Geschäftsgeheimnissen und personenbezogenen Daten spielt auch hier eine übergeordnete Rolle. Darüber hinaus sind die Unternehmen auf eine schnelle Breitbandverbindung angewiesen, um im wahrsten Sinne des Wortes den Anschluss nicht zu verlieren. Die Europäische Union hat sich in ihrer „Digitalen Agenda“ aus dem Jahr 2010 das Ziel gesetzt, dass bis 2020 alle Europäer Zugang zu Internetgeschwindigkeiten von mehr als 30 Mbit/s und dass mindestens 50 Prozent aller europäischen Haushalte Internetzugänge mit über 100 Mbit/s haben. Diese Ziele scheinen fast überholt, wirft man einen Blick in andere Länder.

Südkorea liegt mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 25,3 Mbit/s immer noch weit an der Spitze derjenigen Länder mit dem schnellsten Internetzugang. Und auch bei den Glasfaserverbindungen sind die Südkoreaner Spitzenklasse: Laut OECD machen in Korea und Japan Glasfaserverbindungen knapp 70 beziehungsweise 65 Prozent der Breitbandanschlüsse im Festnetz aus.

In Deutschland hingegen haben wir an dieser Stelle noch Nachholbedarf: Mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 8,7 Mbit/s liegt Deutschland nur auf Rang 31 der Länder mit dem schnellsten Internetzugang. An einer Lösung dieses Problems wird in Deutschland und insbesondere in Bayern ambitioniert gearbeitet: Der Freistaat Bayern will bis 2018 insgesamt 1,5 Milliarden Euro in den Breitbandausbau investieren. Und auch die Bundesregierung hat kürzlich bekannt gegeben, dass von dem 10 Milliarden Euro Investitionspaket in den Jahren 2016 bis 2018 ein großer Anteil für zusätzliche Investitionen in die digitale Infrastruktur bereitgestellt werden soll. Hier sind wir auf dem richtigen Weg.

**Kreative Leistungen im Internet schützen**

Geistiges Eigentum (IPR) muss auch in der digitalen Welt geschützt werden. Inwieweit das Urheberrecht an die technologischen Entwicklungen anzupassen ist, wird in der Europäischen Kommission und im Europäischen Parlament gerade intensiv beraten. Die aktuell gültige „Richtlinie zur Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft“ stammt aus dem Jahr 2001.

Wie umstritten dieses Thema jedoch ist, zeigt der kürzlich veröffentlichte Berichtsentwurf der Piratin Julia Reda im Rechtsausschuss des Europäischen Parlaments, in dem es eigentlich um den Stand der Umsetzung der derzeit gültigen Urheberrechtsrichtlinie gehen sollte. Die Berichterstatterin fordert gemeinfreie Werke, eine offene Norm nach US-amerikanischem Vorbild und eine Verkürzung der Schutzdauer für urheberrechtlich geschützte Werke sowie weitgefasste und EU-weit zwingende Ausnahmen vom Urheberrecht. Kurzum: Kopieren, Anbieten, Speichern und Benutzen von urheberrechtlich geschützten Werken für alle – umsonst, versteht sich.

Meine Kollegen in der Fraktion der Christsozialen und Christdemokraten (EVP) und ich laufen Sturm gegen diese Auffassung. Wer kreative Leistungen nicht schützen will, stellt das Fundament unserer Werteordnung in Frage. Auch im digitalen Zeitalter muss ein Anspruch des Urhebers auf Schutz seiner kreativen Leistung bestehen und muss dieser von seiner kreativen Arbeit leben können. Nach dem Bausektor und dem Gastgewerbe ist die Kultur der drittwichtigste Beschäftigungssektor in den 28 EU-Mitgliedstaaten. Laut einer Ende letzten Jahres vorgestellten Studie der Beratungsfirma Ernst & Young wird hier ein jährlicher Umsatz von 540 Mrd. Euro erwirtschaftet, EU-weit sind mehr als sieben Millionen Menschen in dieser Branche beschäftigt.

Günther Oettinger hat angekündigt, bereits im Herbst dieses Jahres seinen Vorschlag für eine Reform des Urheberrechts vorzustellen. Bis dahin werden sicherlich auch im Europäischen Parlament noch heftige Diskussionen über die Ausgestaltung geführt werden.

**Fazit**

Es bleibt viel zu tun, bis der digitale Binnenmarkt in der Europäischen Union geschaffen sein wird. Fest steht: Im digitalen Zeitalter brauchen wir europäische Lösungen. Dies gilt für die Frage der Netzneutralität gleichermaßen wie für die Regelung der Haftung im Zusammenhang mit dem Internet der Dinge, dem Daten- und Urheberrechtsschutz. Im Europäischen Parlament werden wir alles daran setzen, ein Unternehmensumfeld aufzubauen, in dem Chancen geschaffen werden und der faire Wettbewerb geschützt wird. Denn von den Vorteilen eines offenen, transparenten und fairen Internets profitieren nicht nur unsere Wirtschaft, sondern ebenso unsere Bürgerinnen und Bürger.

**DR. ANGELIKA NIEBLER, MdEP**
**Vorsitzende der CSU-Europagruppe**

Wir entwickeln, gestalten und produzieren Broschüren, Kataloge, Kunden- und Mitarbeiterzeitungen, Magazine, Grafikdesign, Marketingkampagnen ... Wir sind flexibel, schnell und kreativ, ohne dass Sie auf Ihre gewohnte Qualität verzichten müssen. Gedruckt wird natürlich in Bayern! Nutzen Sie unsere Erfahrung, Professionalität und Kosteneffizienz. Kurz gesagt: Wir MACHEN!

ddmedia | Marketing-Dienstleistungen

Eine Marke der Weltbuch Verlag GmbH | Niederlassung Dresden | Enderstr. 59
01277 Dresden | T: 0351 4794244 | mail@ddmedia.info | www.ddmedia.info

## In eigener Sache:

Das neue Positionspapier **„Erfolgsfaktoren für Gründer-Cluster“** kann in der Geschäftsstelle angefordert werden oder ist aus dem Internet herunterladbar unter: **www.wbu.de**

# Editorial

Sehr geehrte, liebe Mitglieder des Wirtschaftsbeirats Bayern,

das griechische Drama nimmt kein Ende. Ausgang ungewiss, während ich diese Zeilen zu Papier bringe. Die Nervosität wächst, dass es zu einem „Graccident“ kommen könnte, die Regierung Tsipras das Land durch haarsträubende Fehlentscheidungen aus Versehen in die Staatspleite führt und damit aus der Eurozone herauskatapultiert. Die schneidigen Sprüche, mit denen Finanzminister Varoufakis die Euro-Partner, allen voran Deutschland, laufend vor den Kopf stößt und die auf den Kapitalmärkten zu enormen Vertrauensverlusten geführt haben, können jedenfalls nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verantwortlichen in Athen mit dem Krisenmanagement überfordert zu sein scheinen.

Sonnenklar ist und bleibt, dass Griechenland nur mit einer Doppelstrategie aus disziplinierter Haushaltspolitik und gezielter Stärkung seiner Wettbewerbsfähigkeit – sprich gezielter Verbesserung der Bedingungen für Investoren aus dem In- und Ausland – aus dem selbstverursachten Schlamassel herauskommt. Die Syrizageführte Regierung ist dazu zum einen nicht mit der nötigen Konsequenz willens. Uneinlösbare Wahlversprechen kommen ihr laufend in die Quere. Ich persönlich habe zum anderen aber auch wachsende Zweifel, ob sie zur Umsetzung der unumgänglichen Reformen fähig ist. Auch das dürfte ein Grund für die vagen und z.T. substanzlosen Papiere sein, die in Brüssel ankommen. Zwischen der Ankündigung von Zielen, Plänen und Maßnahmen und ihrer Konkretisierung und Realisierung durch eine kompetente und schlagkräftige Verwaltung liegen Welten. Der griechische Staatsapparat macht auf mich nicht diesen Eindruck. Hilfestellung erscheint auch hier notwendig.

Vor diesem Hintergrund mehren sich in Deutschland die Stimmen, die ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone befürworten bzw. für keinen Beinbruch halten. Es geht freilich um mehr als „schnöde Ökonomie“. Es geht auch um Geopolitik. Einen krisengeschüttelten Staat an der südöstlichen Flanke von Europäischer Union und NATO, dessen Bindungen an die EU schwächer werden und der sich auf die Suche nach Partnern weiter östlich begibt, mag man sich nicht vorstellen. Es bleibt deshalb zu hoffen, dass es Rat, EU-Kommission und EU-Parlament mit vereinten Kräften gelingt, den „Laden zusammenzuhalten“ und Griechenland auf einen Kurs der Vernunft zurück zu zwingen, der von uns mit Aussicht auf Erfolg guten Gewissens mitgetragen und unterstützt werden kann.

Die EZB hat unterdessen die ganz große und letzte Bazooka aus ihrem Waffenarsenal geholt und mit dem Ankauf von Staatsanleihen in Höhe von monatlich 60 Mrd. Euro begonnen. Offizielle Begründung: Bekämpfung deflationärer Tendenzen in der Eurozone. Aus unserer Sicht ein fragwürdiges Argument, nachdem die derzeit erfreulich stabilen Preise vor allem das Ergebnis gesunkener Energiepreise sind. Die Auswirkungen waren zu erwarten: Der Euro hat abgewertet und ist gegenüber dem Dollar nicht mehr weit von der Parität entfernt. Die Aktienkurse sind auf Rekordhöhen geklettert. Wohin auch sonst mit dem Geld, wenn bei Tagesgeld, Festgeld, Spareinlagen und Bundesanleihen die Null nahe ist? Ob die extreme Niedrigzinspolitik freilich wie erhofft die Investitionstätigkeit im Euroraum ankurbelt und die Wachstumskräfte stärkt, ist fraglich. Man landet in diesem Punkt sehr schnell wieder beim Thema „Reformpolitik zugunsten von attraktiven Investitionsbedingungen“. Daran hapert es nicht nur in Griechenland. EZB-Chef Mario Draghi wird selbst nicht müde, dies zu betonen.

Am Ende noch eine traurige Nachricht: Rainer W. Markgraf, der Geschäftsführende Gesellschafter der Bauunternehmung Markgraf, ist am 18. März überraschend verstorben. Herr Markgraf war nicht nur ein erfolgreicher, über die Grenzen Bayerns hinaus aktiver Unternehmer. Als Vorsitzender war er auch der Repräsentant und das Gesicht des Wirtschaftsbeirats im Bezirk Bayreuth. Wir trauern um ihn und mit seinen Angehörigen, Mitarbeitern, Freunden und Partnern.

Herzlichst Ihr **Jürgen Hofmann**

## Wir begrüßen unsere neuen Mitglieder

- Rudolf Sedlmeier GmbH, Rudolf Sedlmeier, Feldkirchen
- Wayne Chico Pittman, Augsburg
- Dr. Peter Schulz, Nürnberg
- Sattler GmbH, Hotel Deutsche Eiche, Holzapfel-Sattler GbR, Dietmar Holzapfel, München

## Impressum

**Herausgeber:** Wirtschaftsbeirat der Union e.V., Odeonsplatz 14, 80539 München, Tel.: 089-2422860, Fax: 089-291518, www.wbu.de, **V.i.S.d.P.:** Dr. Jürgen Hofmann, **Redaktionsschluss**: 16.03.2015, **Gesamtproduktion, Anzeigen:** ddmedia Marketingdienstleistungen, www.ddmedia.info

zoells.de

Kaffeemaschinen
Kaffeeautomaten
Snackautomaten
Getränkeautomaten
Fotoautomaten

zoells.de GmbH
rund um die Uhr

zoells.de ist bei facebook

Kapell-Leite 2
90579 Langenzenn
Tel. 09101/909390

DR. ALBRECHT SCHLEICH

# Wasserkraft – Ja bitte!

## Nutzen wir die noch vorhandenen Ausbaupotenziale in Bayern

Wer die Diskussion zur Energiewende in Politik und Öffentlichkeit verfolgt, hört viel von Sonnen- und Windkraftwerken, von der Wasserkraft aber nur wenig. Dabei ist die Wasserkraft der mit weitem Abstand bedeutendste erneuerbare Energieträger in Bayern. Mit rund 13,1 Mrd. Kilowattstunden (kWh) Jahreserzeugung hatte sie laut Verband der Bayerischen Energie- und Wasserwirtschaft (VBEW) im Jahr 2013 in Bayern einen Anteil von über 40 Prozent an der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien. Als wetter- und importunabhängiger, zuverlässiger, flexibler und kundennaher Energieträger leistet die Wasserkraft einen unverzichtbaren Beitrag zur Umsetzung der Energiewende. Sie ist ständig verfügbar und in Bayern reichlich vorhanden. Damit ist sie ein grundlastfähiger erneuerbarer Energieträger und trägt daher auch zur Stromnetzstabilisierung bei. Und sie erlaubt, Strom in größeren Mengen in Pumpspeicherkraftwerken zu speichern. Ökologisch ist Wasserkraft besonders klimafreundlich (kein $CO_2$) und ressourcenschonend. Außerdem leistet sie Beiträge zur Sohlstabilisierung der Flüsse (Vermeidung von Grundwasserabsenkung), zum Hochwasserschutz sowie zur Reinigung der Gewässer von Wohlstandsmüll und Grüngut.

Warum spielt dieser für die Umsetzung der Energiewende so wichtige erneuerbare Energieträger dann in der öffentlichen Debatte eine so stiefmütterliche Rolle? Dafür gibt es vor allem zwei Gründe:
Zum einen ist sie in Bayern ein so gewohnter, traditioneller Energieträger, dass man über sie kein positives Wort mehr verlieren zu müssen glaubt – sie ist sozusagen die „Eh da – Energie“ unter den erneuerbaren Energieträgern. Zum anderen ist sie schon sehr weit ausgebaut. Nach Schätzungen der Wasserkraftunternehmen in Bayern ließe sich die Stromproduktion mittels Wasserkraft noch um ca. 10 Prozent, d.h. um 1,0 bis 1,3 Mrd. kWh pro Jahr steigern – je nachdem, ob man Ausbau und Neubau von Wasserkraftwerken anstrebt oder sich lediglich auf den Ausbau und die Modernisierung vorhandener Anlagen beschränkt. Um 1,0 bzw. 1,3 Mrd. kWh zusätzlichen erneuerbaren Energiestroms im Jahr zu erzeugen, bräuchte man bei sehr optimistisch gerechneten 1.800 Volllaststunden (die Zeit, in der die Anlagen rechnerisch mit ihrer maximalen Leistung Strom produzieren) 222 bzw. knapp 290 Windkraftanlagen der 2,5 Megawatt (2.500 KW)-Klasse (wie sie heutzutage in Bayern errichtet werden); dabei sind witterungsbedingte Erzeugungsschwankungen noch nicht berücksichtigt. Wollte man die gleiche Strommenge durch Solarzellen erzeugen, bräuchte man aufgeständerte Photovoltaik-Freiflächenanlagen auf einer Fläche von 4.200 bzw. 5.460 Fußballfeldern (8.000 m² pro Spielfeld). Betrachtet man die Widerstände seitens Bürgervereinigungen und Naturschützern gegen den flächenintensiven Aufbau von Wind- und Solaranlagen, wird schnell deutlich, dass es sich bei dem errechneten Wasserkraft-Steigerungspotenzial um alles andere als eine marginale Größe handelt.

Die Ausbaumöglichkeiten der Wasserkraft sollten wir unbedingt nutzen, vor allem, weil der Wasserkraftausbau von viel Sympathie in der Öffentlichkeit getragen würde. Nach allen Umfragen in den letzten Jahren (wie z.B. die Umfrage im Deutschen Energie-Kompass der IG BCE-Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie aus dem Jahr 2013 oder die jüngste EMNID-Umfrage im Auftrag der Voith GmbH Anfang 2015) liegt die Wasserkraft als sauberer und umweltfreundlicher Energieträger auf der Beliebtheitsskala ganz oben. Und auch in den Naturschutzverbänden, die sich anfangs kategorisch gegen jeden Wasserkraftausbau ausgesprochen hatten, beginnt langsam ein Umdenken; dies gilt umso mehr, als sich die Wasserkraftwerksunternehmen immer stärker für die Fischökologie engagieren, z.B. durch den Bau von Fischtreppen und Fischumgehungsgewässern, durch die Beteiligung an der Erprobung besonders fischfreundlicher Turbinen oder durch innovative Aalabstiegssysteme.

Wenn also alle Ampeln für den Wasserkraftausbau offensichtlich auf Grün stehen müssten, warum wird dann nicht gebaut? Warum hat die Wasserkraftanlagenzahl in Bayern in den letzten Jahren eher ab- als zugenommen? Dies liegt im Wesentlichen in zwei Ursachen begründet:
Zum einen sind die Strompreise an den Strombörsen aufgrund des EEG so stark abgestürzt, dass sich auch Investitionen in Wasserkraftanlagen ohne staatliche Förderung nicht mehr rechnen. Zum anderen hat sich der Ausbau von Wasserkraftanlagen wegen der Baukostensteigerung und der stets bei einem Ausbau auch erforderlichen umfangreichen Investitionen in die Ökologie so verteuert, dass die im EEG 2014 vorgesehenen Vergütungen bei weitem nicht ausreichen, um solche Investitionen insgesamt in die Wirtschaftlichkeitszone zu bringen.
Bei Rentabilitätsquoten von 1 bis 2 Prozent pro Jahr ist weder ein privater noch ein öffentlicher Investor bereit und in der Lage, Wasserkraftausbaumaßnahmen anzugehen.

Was also tun, um solche für die Umsetzung der Energiewende so wichtigen Ausbauinvestitionen zu ermöglichen? Wie viele unserer Kollegen in anderen energiewirtschaftlichen Bereichen hoffen auch wir Wasserkraftunternehmer auf die von der Politik angekündigten Änderungen des Marktdesigns. Würde z. B. der vom Verband der Kommunalen Unternehmen (VKU) und vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) geforderte dezentrale Leistungsmarkt eingeführt, auf dem nicht mehr nur die produzierte Kilowattstunde, sondern auch die zur Verfügungstellung von gesicherter Leistung bezahlt würde, könnten dadurch auch Investitionen in den Wasserkraftwerksausbau wieder wirtschaftlich werden.
Außerdem würden wir es sehr begrüßen, wenn das neue EEG 2016 eine Umstellung der Förderung vom aktuellen Bonussystem auf ein Ausschreibungssystem auch für die Wasserkraft vorsehen würde. Auch daraus könnten sich neue Möglichkeiten ergeben, den Wasserkraftwerksausbau in die schwarzen Zahlen zu bringen.

Hier hoffen wir auf die Unterstützung der Politik in Bayern und auf Bundesebene. Schließlich wäre es doch jammerschade, wenn wir in dieser ja wirklich nicht einfachen Phase der Umsetzung der Energiewende die sehr großen Chancen ungenutzt ließen, die sich aus einer Ausschöpfung des vorhandenen Wasserkraftausbaupotenzials ergeben!

**DR. ALBRECHT SCHLEICH,**
**Vorstand der Rhein-Main-Donau AG**

# Aus den Ausschüssen, Arbeitskreisen und Bezirken

**23. Februar – Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik**
Erste Sitzung des Ausschusses unter der Leitung von Silke Wolf. Auf der Tagesordnung standen die Themen Gesundheitsfonds und Risikostrukturausgleich sowie alternative Finanzierungsmöglichkeiten der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV). Dr. Maximilian Gaßner, Präsident des Bundesversicherungsamtes, referierte und stellte sich der intensiven Diskussion.

*v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Dr. Maximilian Gaßner, Silke Wolf (Foto GG)*

**24. Februar – Bezirk Memmingen**

Die Vorsitzende Anja Dreher hatte einmal mehr zum Memminger Frühstück in die Kattunfabrik eingeladen. Im Mittelpunkt des Meinungsaustauschs mit MdL Klaus Holetschek standen die Gesundheits- und Pflegepolitik. Die Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung wird diesen Bereich zunehmend in den Mittelpunkt rücken und spätestens im nächsten Jahrzehnt auf eine harte Belastungsprobe stellen. Zukunftssicherung muss deshalb heute bereits groß geschrieben werden.

**24. Februar – Bezirk München**
In seiner neuen Funktion erstmals zu Gast beim Wirtschaftsbeirat war der zweite Bürgermeister und Leiter des Referats für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, Josef Schmid. Schmid umriss in seiner Grundsatzrede nicht nur die Entscheidungen, die auf der Basis der Zusammenarbeit von CSU und SPD bereits zugunsten der Zukunftssicherung der Landeshauptstadt getroffen worden sind. Er ging auch auf die künftigen Schwerpunkte der kommunalen Wirtschafts- und Standortpolitik ein. In der Diskussion, die vom Bezirksvorsitzenden Hans Hammer geleitet wurde, spielten natürlich auch „Reizthemen" wie der Bau eines neuen Konzertsaals und die 3. Bahn am Münchner Flughafen eine Rolle.

*v.l.n.r.: Bgm. Josef Schmid, Hans Hammer (Foto GG)*

**26. Februar – Bezirk Passau**
Bezirksvorsitzender Rudi Fellner setzte die Reihe der bewährten Kamingespräche auf Schloss Neuburg am Inn mit Hans Wenzl, Gründer von DUKRA agro in der Ukraine, fort. Wenzel betreibt dort seit 2003 erfolgreich einen über 4500 ha großen landwirtschaftlichen Betrieb in Rogi. Der Niederbayer berichtete aus erster Hand über seine Erfahrungen und über die aktuelle Lage in dem krisengeschüttelten Land.

*v.l.n.r.: Rudi Fellner, Hans Wenzl, Dr. Jürgen Hofmann (Foto PNP)*

**27. Februar - 1. März – Junger Wirtschaftsbeirat**

Das traditionelle Skiwochenende – organisiert und geleitet von Kathrin Wickenhäuser – führte den Jungen Wirtschaftsbeirat in diesem Jahr an den Spitzingsee. Die Schneeverhältnisse waren super. Für einen Meinungsaustausch an beiden Abenden zu aktuellen Themen standen MdL Markus Blume und Robert Salzl, Präsident des neu gegründeten Tourismusvereins Oberbayern und München (TOM), zur Verfügung.

**2. März – Ausschuss für Außenwirtschaft**
Klaus Dittrich, Vorsitzender der Geschäftsführung der Messe München GmbH, hatte den Außenwirtschaftsausschuss von Dr. Stefan Weingartner nach Riem eingeladen. Dittrich ging in seinem Vortrag „Messen als Motor" nicht nur auf die beeindruckende Entwicklung ein, die die Messe in München seit Kriegsende genommen hat. Er berichtete auch über die wachsende Zahl von Aktivitäten im Ausland. Die Münchner Messe gehört heute zu den großen nationalen und internationalen Playern im Messegeschäft.

*v.l.n.r.: Dr. Jürgen Hofmann, Klaus Dittrich, Dr. Stefan Weingartner (Foto GG)*

**12. März – Bezirk Jurakreis**
Für das erste Kamingespräch in diesem Jahr im Ringhotel Die Gams in Beilngries hatte Vorsitzender Gerd Ortner Staatssekretär Albert Füracker vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat gewinnen können. Zur Sprache kam ein breites Spektrum von lokalen und überregionalen Themen – angefangen beim Ausbau des schnellen Internets, über die beschlossene Verlagerung von Behörden bis hin zu Griechenlandkrise. Die Teilnehmer an der Begegnung im kleineren Kreis profitierten von zahlreichen Hintergrundinformationen.

*Gerd Ortner (l.), Staatssekretär Albert Füracker (r.)*

**16. März – Ausschuss für Tourismus**
Gäste und Mitglieder des Ausschusses genossen die Gastfreundschaft des Hotels The Westin Grand in München. „Chancen und Risiken durch den steigenden Gästeanteil aus anderen Kulturkreisen" standen im Zentrum der öffentlichen Veranstaltung am Nachmittag. Vorsitzender Robert Salzl begrüßte dafür als Experten Johannes Mayr, Hotelmanager des Westin Grand, >> Seite 6

<< Seite 5 William Khoury von der Europe Health GmbH, Dr. Felicia Englmann, Autorin des Buches „Arabersaison“ und Dr. Fritz Audebert, Vorstandsvorsitzender der ICUnet AG in Passau. Vorträge und Diskussion lieferte eine Fülle von konkreten Empfehlungen für den richtigen Umgang mit ausländischen Gästen.

*v.l.n.r.: Dr. Felicia Englmann, Johannes Mayr, Robert Salzl, Dr. Fritz Audebert*

# Terminvorschau

**13. April, München**
Ausschuss für Ernährungs- und Agrarpolitik: Helmut Brunner, MdL, Bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, „Agrarwirtschaft in der Dauerkritik – Was kann die Landespolitik leisten, um mehr Verständnis für eine moderne Landwirtschaft in der Gesellschaft zu erreichen?”

**15. April, München**
Junger Wirtschaftsbeirat: Besuch im Bayerischen Landtag – Mit Politikern im Dialog

**17. April, München**
Ausschüsse für Steuer- und Finanzpolitik und Europapolitik gemeinsam mit dem Bund der Steuerzahler e.V., Dr. Ingo Friedrich, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS), Vizepräsident des Europäischen Parlaments ret.; Martin Friedrich, Co-CIO & Leitung Kapitalmarktanalyse, HQ Trust GmbH; Johannes Hintersberger, MdL, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat; Dr. Barbara Kolm, Präsidentin Friedrich August von Hayek Institut, Direktor Austrian Economics Center (AEC); Prof. Ekkart Zimmermann, Lehre an der ETH Zürich, der Zeppelin Universität Friedrichshafen und der Hochschule für Politik München; Moderation, Dr. Ralf Schneider, Vizepräsident der Vereinigung Europäischer Journalisten – deutsche Sektion, „Neue Strategien für mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa“ – Anspruch und Realität“

**21. April, Unterföhring**
„Alpenblicke“ Ausschuss für Medienpolitik: Impulsvortrag von Staatsminister Dr. Marcel Huber, MdL, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, anschließend Gespräch zwischen Staatsminister Dr. Huber und Prof. Wolfram Winter, Aus-schussvorsitzender, „Shitstorm Rundfunkbeitrag – Die Zukunft des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks“

**23. April, Fürth-Ronhof**
Bezirk Mittelfranken: Prof. Dr. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern, „Auswirkungen der Griechischen Staatsschuldenkrise und der Kapitalmarkt-Union – wohin steuern wir?“

**23.- 24. April, Banz**
Ausschuss für Mittelstandspolitik:
25. Bayerisch-Sächsische Unternehmertage mit Markus Blume, MdL, Vorsitzender der Grundsatzkommission der CSU; Jochen Wießler, Mitglied der Geschäftsleitung SAP Deutschland; Florian Seitner, Cyber Allianz Zentrum Bayern; Tim Brauckmüller, Geschäftsführer Breitbandbüro des Bundes; Dr. Dirk Orlamünder, Abteilungsleiter Grundsatz im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr; Marcus Putschli, Vorstand der e-dox AG, „Mittelstand im Digitalen Aufbruch“

**28. April, München**
Ausschuss für Dienstleistungen: Elisabeth Mette, Präsidentin des Bayerischen Landessozialgerichts und Werner Krempl, Vorsitzender der Geschäftsführung der Deutschen Rentenversicherung Nordbayern, „Brennpunkt Scheinselbständigkeit“

**28. April, Hausham**
Bezirk Oberland: Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, „Wirtschaftspolitik heute für unsere Wettbewerbsfähigkeit von morgen“

**29. April, Memmingen**
Bezirk Memmingen: Henry Schubert, Dipl.-Wirtschaftsjapanologe (FH), Führungslehrer und Trainer, „Kampfkunst und Management – Bieten die Lehren und Erkenntnisse alter asiatischer Kampfkünste moderne Ansätze für innovative Führungsmodelle und ethisches Geschäftsverhalten?“

**6. Mai, Burghausen**
Bezirk Inn/Salzach: Prof. Heinrich Köster, Präsident der Hochschule Rosenheim, „Konzept der Hochschule im Landkreis Altötting“

**11. Mai, München**
Ausschuss für Mittelstandpolitik:
Dr. Carsten Linnemann, MdB, „Aktuelle mittelstandspolitische Fragen“

**13. Mai, Weiden**
Bezirk Weiden/Nordoberpfalz: 2. Nordoberpfälzer Wirtschaftstag, Dr. Georg Haber, Präsident der Handwerkskammer Niederbayern-Oberpfalz, Dr. Otto Wiesheu, Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern; Prof. Dr. Erich Bauer, Präsident der Ostbayerisch Technischen Hochschule Amberg-Weiden; Albert Rupprecht, MdB, „Wirtschaft und Bildung“

**19. Juni, Fraueninsel**
Bezirk Berchtesgadener Land: Frauenwörther Gespräche mit Manfred Weber, MdEP, Vorsitzender der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

**23. Juni, München**
Junger Wirtschaftsbeirat: Besichtigung des Hotels/Restaurants Deutsche Eiche

**24. Juni, München**
Wehrpolitischer Gesprächskreis: Staatsminister Dr. Marcel Huber, „Sicherheitspolitik und Perspektiven der Wehrtechnik in Bayern“

**25. Juni, Ingolstadt**
Bezirk Ingolstadt: „Audi-Zentrum – Zukunft der Mobilität“

**29. Juni, München**
Ausschuss für Sozial- und Arbeitsmarktpolitik: Prof. Dr. Günter Neubauer, Direktor des Institut für Gesundheitsökonomik, „Die Demografie als Herausforderung für unser Gesundheitswesen“

**14. Juli, Unterföhring**
„Alpenblicke“ Ausschuss für Medienpolitik: Ilse Aigner, MdL, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Bayerische Staatsministerin für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, „Zurück zu alter Stärke – Neue Medienpolitik in Bayern“

**16. Juli, Passau**
Bezirke Passau, Berchtesgadener Land/ Traunstein, Inn/Salzach: Sommerempfang der südostbayerischen Bezirke

**21. Juli, Burghausen**
Bezirk Inn/Salzach: Prof. Dr. Stephan Götzl, Vorstandsvorsitzender und Verbandspräsident Genossenschaftsverband Bayern, „Mittelstandsfinanzierung und Kapitalmarktunion“

**22. Juli, Rothenburg o.d.T.**
Bezirk Ansbach/Westmittelfranken: Prof. Dr. Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der Evang.-Luth. Kirche in Bayern und EKD Ratspräsident

**27. Juli, Fürth**
Bayerischer Wirtschaftstag

**Weitere Termine unter www.wbu.de**